

Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatl. 90. — Mk., wöchentl. 22.50 Mk. Durch die Post monatl. 90. — Mk., viertelj. 270. — Mk. (postbleibend). In Pommerellen: monatl. 600. — Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelohene Zeile 15. — Mk., von auswärts 18. — Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt: gem. nach bef. Tarif, die 3-gelohene Reklamzeile 50. — C. L. von auswärts 60. — Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfach Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 239

Mittwoch, den 11. Oktober 1922

13. Jahrgang

Kommunistische Enthüllungen.

II.

Als wir in unserer Montag-Nummer zu der Spaltung der hiesigen Kommunisten Stellung nahmen, brachten wir auch einige Anklagen der Mahngruppe über den Volkseifer, der in der kommunistischen Partei herrscht. Die Thraer Gruppe hat sich gleichfalls mit einem Mitteilungsblatt an die Öffentlichkeit gewandt, in dem natürlich die Mahn-Gruppe als Saboteure der Revolution hingestellt werden. Nach dem Thraer Mitteilungsblatt haben bereits seit Jahresfrist in der Danziger kommunistischen Partei erhebliche Differenzen bestanden. Darüber schreibt das Blatt:

Die Gruppe Mahn und Genossen erklärte, daß man angesichts der besonderen Verhältnisse im Freistaat Danzig darauf hinarbeiten müsse, an die Stelle des jetzigen deutschnationalen Senats und des un-demokratischen Regierungssystems im Freistaat eine demokratische, bürgerliche Koalitionsregierung der Mitte zu setzen. Wir erklärten dagegen, daß parlamentarisch wie außerparlamentarisch gewiß alle Kraft zum Sturz des deutschnationalen Senats angewendet werden müsse, aber nicht um an seine Stelle eine neue bürgerliche Unterdrückungsmaschine zu setzen, sondern um die Massen zur revolutionären Aufrichtung einer Arbeiterregierung und zu ihrer eigenen Diktatur über die bürgerliche Klasse zusammenzufassen.

Während sich also die hiesigen Kommunisten über die wichtigsten politischen Tagesfragen im Freistaat völlig uneinig waren, brachten sie noch die Forderung auf, die anderen Arbeiterorganisationen aufzufordern, mit ihrem brodelnden Hexenkessel zusammen die Einheitsfront des Proletariats zu bilden.

Während die Mahngruppe sich nun als kommunistische Partei des Freistaates erklärt hat und sich direkt an die Moskauer Internationale anschließen will, erklärt das Mitteilungsblatt, daß „das Präsidium der kommunistischen Internationale im Interesse der Kampfkraft der Danziger Partei den Vorklärungsantrag abgelehnt und entschieden habe, daß die bisherige Zugehörigkeit der Danziger Organisation zur kommunistischen Partei Deutschlands aufrechterhalten bleibe.“

Die Ausräumung des kommunistischen Parteibüreaus auf dem Poggenpuhl verteidigt das Thraer kommunistenblättchen mit folgenden Gründen:

Klinger erklärte der Bezirksleitung, daß er die Absicht habe, für seine Geldforderungen an die Partei und für seine Schulden an die Zeitungsdruckerei das Parteimobilien beschlagnahmen und verkaufen zu lassen, und er deutete an, daß auch Mahn das gleiche vorhabe, da angeblich die Partei auch ihm gegenüber Schulden habe.

Genau wie die Mahngruppe erklären dann auch die Thraer, daß mit dem Ausschluß der Saboteure die Danziger K. P. nunmehr gereinigt sei. Heute wie Mahn und Thiel seien der revolutionären Bewegung schon längst entfremdet gewesen und wären nur von ehrgeizigen Plänen geleitet. Diese Charakteristik Mahns ist sicher zutreffend. Aber es ist tief beschämend für die Danziger „revolutionäre“ Bewegung, daß ein so sprudelnder Konjunkturpolitiker wie Mahn jahrelang in ihr eine Führerkolonne spielen konnte.

Die kommunistische Bewegung Danzigs ist als politischer Machtfaktor erledigt. Das Häuflein Anhänger, das die Mahn und Thier noch haben dürften, sind keine Arbeiter, um deren Seele zu ringen es sich verlohnt. Wer den stolzen Befreiungskampf der Arbeiterschaft nur als politisches Kaspartheater ansieht, mag ruhig weiter in den beiden kommunistischen Dominiksbüden bleiben. Die Massen der Danziger Arbeiterschaft aber werden sich nach den Wirnissen und Irrgängen der letzten Jahre wieder einheitlich sammeln unter dem alten stürmerprobten Banner der Sozialdemokratie.

Friedensschluß in Mudania.

In Mudania ist das vorläufige Abkommen zwischen den Alliierten und Türken unterzeichnet worden. Nach einer Davosmeldung aus London verläutet aus Mudania, General Harrington habe Dienstag Ismed Pascha die mit den Generalen Charpy und Drondeff abgefertigte Konvention mitgeteilt. Dieje-

lehe die Wiederabtretung Thrakiens unter gewissen Bedingungen vor, namentlich unter der Voraussetzung, daß eine gemischte Kommission eine neutrale Zone zur Sicherung der Truppen und der Freiheit der Meerengen festsetze. Ismed Pascha erklärte, er müsse die Bedingungen der Regierung von Angora unterbreiten.

Rußland und die Meerengenkonferenz.

Der Beschluß der Entente, Rußland, die Ukraine und Georgien zur Beratung der Meerengenfrage hinzuzuziehen, wird in Sowjetkreisen als Zugeständnis an die von Rußland aufgestellten Forderungen aufgefaßt, jedoch wird dieses Zugeständnis als ungenügend betrachtet. Die gesonderte Behandlung der Meerengenfrage und die geplante vorherige Entscheidung aller übrigen Fragen auf der Friedenskonferenz ohne Beteiligung Rußlands ruft die Befürchtung wach, daß Rußland im Augenblick der Beratung der Meerengenfrage vor die vollendete Tatsache eines Uebereinkommens der Alliierten mit der Türkei gestellt werden könnte, wodurch der Türkei auch in der Meerengenfrage die Hände gebunden werden. Sichtsicherer wird voraussichtlich eine neue Note an die Entente richten mit der Forderung der Zulassung Rußlands, der Ukraine und Georgiens bereits zur Friedenskonferenz selbst bei Beratung aller die Lebensinteressen Rußlands betreffenden Fragen.

Die englische Arbeiterpartei gegen Lloyd George

Der Generalkonvent der Gewerkschaften, der parlamentarischen Gruppe der Arbeiterpartei (Labour Party) und das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hielten gestern eine gemeinsame Sitzung ab und beschloßen, gleichsam als Antwort auf das Protokoll der englischen Regierung vom 21. September, ein Manifest herauszugeben, in dem es heißt:

Die gegenwärtigen Ereignisse bieten auch nicht den geringsten Anlaß, der einen Krieg rechtfertigen könnte, da für alle grundlegenden Fragen England und die Türkei geneigt seien, eine Verständigung zu erzielen oder sie durch eine Konferenz entscheiden zu lassen. Die Unversämtheit des Krieges sei auf die Tatsache hingelenkt worden, daß die Kriegsparteien im Schöße der englischen Regierung ihre Tätigkeiten in der Presse, namentlich durch ihre Veröffentlichungen an die Presse, dadurch werde das Land fortwährend beunruhigt. Das gelte sich nicht nur in dem Manifest vom 16. September, sondern auch in den Kriegsdrohungen vom 1. September, Drohungen, die jeder Grundlage entbehren. Der Rat verurteilte scharf diese verbrecherische Tätigkeit und warnte das Publikum davor. Er fordere die sofortige Entlassung dieser unethischen Politik sowie den Rücktritt der Regierung, die für diese Politik verantwortlich sei; denn diese Regierung sei im Auslande höchst diffident und könne dem englischen nationalen Interesse nachschaden. Diese Regierung sei auch nicht mehr in der Lage, das Land auf einer internationalen Konferenz zu vertreten. Der Rat fordere infolgedessen die sofortige Demission des englischen Kabinetts und die Wahl eines neuen Parlamentes. In diesen beiden Maßnahmen sehe er das einzige Mittel, Englands Stellung wieder zu heben, nicht nur im Orient, sondern auch gegenüber allen gegenwärtigen Problemen der inneren und äußeren Politik, deren Lösung von der englischen Regierung in Aussicht genommen werden müsse.

Neue Mordpläne der Reaktion.

Aus München wird gemeldet:

Auf Grund eines Postbeschlusses des Staatsanwaltes wurden verschiedene Mitglieder der Organisation Oberland verhaftet, darunter der Hauptmann Heppo Römer, Dr. Fritz Bartheld, der sogenannte Hauptmann Ludwig Desterreicher und der Kaufmann Friedrich Endres wegen Verdachts der Vorbereitung und Ausführung zum Mord und zu anderen Gewalttaten. Die Beschuldigten sollen an die Mitglieder des Bundes Oberland Aufforderungen zur Begehung verschiedener Verbrechen und Vergewaltigungen haben. Es soll sich nach der „Münchener Ansburger Zeitung“ um die Ermordung politisch prominenter Persönlichkeiten handeln.

Der Hauptmann Römer ist einer von drei Brüdern, von denen der zweite kürzlich wegen des Versuchs, zur Aufführung der notleidenden Rassen nationalsozialistischer Verbände ein nach Oberammergau fahrendes fremdes Automobil zu überfallen und auszuräumen, zu Gefängnis verurteilt wurde, während der dritte der Deswegenhändler und stellvertretende Direktor der Münchener Filiale der Pfälzischen Bank ist, der durch seine gewissenlose Devisenpekulation den Ruin des Rudwigschafener Stammhauses herbeigeführt hat.

Zeugenvernehmung im Rathenau-Prozeß.

Die gestrige Verhandlung im Rathenau-Prozeß brachte die Vernehmung einiger Zeugen. Als erste wurde die Krankenschwester Konio vernommen, die Augenzeuge der Mordtat war. Als die ersten Zeugen ganz langsam abgefragt wurden, begriff sie in ihrem Schrecken nicht, um was es sich handele. Erst als aus dem Auto Rathenau der Rauch der Handgranaten aufstieg, trat sie in das Auto und leitete Rathenau die erste Hilfe. Sie drückte ihr Taschentuch auf die Wunde im Gesicht, und Rathenau sah sie mit großen Augen an, ehe er sie für immer schloß.

Ein gutes Bild von der Unreise der Kreite, in denen sich die Würder Rathenau bewegten, brachte die Vernehmung des 18-jährigen Gammastaffen und Generalsohnes E. L. v. Krauch, Intimus von Günther. Als er den Gerichtshof von der Schändlichkeit Rathenaus und der Verderblichkeit seiner Politik überzeugen will, schüttelt alles den Kopf über so viel Unverstand. Der Zeuge erklärt, er sei zu seinem Urteil über Rathenau durch die Lektüre des Testaments Friedrichs des Großen gekommen, das er immer bei sich trage. Der Zeuge wird wegen Verdachts der Teilnahme an dem Verbrechen nicht verurteilt.

Am Nachmittag wurde der Zeuge Bräutigam vernommen, den Tilschen als Spigel engagiert hatte, damit er die Einkaufsorganisationen anfordere, wofür er 5000 Mark monatlich bekam. Tilschen schickte ihn sofort zu Hoffmann nach München. Dieser sagte ihm, man müsse die Arbeiterschaft provozieren, damit es zu einem Aufstand komme. Scheidemann, Rathenau und Selmann v. Gerlach müßten ermordet werden. Der Zeuge machte verschiedene Reisen im Auftrage Tilschens und kam eine Woche vor dem Scheidemann-Mittentat wieder mit Tilschen zusammen. Er wurde mit einem Unbekannten nach Kassel geschickt, wo ihn sein Begleiter fragte, ob er Scheidemann kenne, und wo dieser wohne. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß etwas geplant sei. Hier muß die Verhandlung unterbrochen werden, da der Angeklagte Warnede wieder unwohl wird.

Die eigentlichen Angeklagten.

Es hat der bisherige Verlauf des Rathenau-Prozesses klar ergeben, daß nämlich hinter den 18 auf der Anklagebank sitzenden Häupter und eigentlichen, aber unsichtbaren Angeklagten standen. Diese Angeklagten sind die militärischen Organisatoren der deutschvölkischen Geheimbünde und die reichen Förderer der deutschvölkischen Propaganda. Selbst die Hauptangeklagten weisen auf die eigentlichen Drahtzieher der deutschvölkischen Bewegung auf die Hauptorganen der Ehrhardt-Division und auf die anderen Helfershelfer des Vorderräters Rapp hin. Diese Namen sind aber aus den geschwollenen Weißbüchlein deutschnationaler, großagrarischer und schwerindustrieller Kreise gelassen worden, aus diesen Weißbüchlein, die außerdem die riesigen Kosten für die deutschvölkische Propaganda aufbrachten. Wer zahlt die Millionen ankommen, mit denen die Hochstuf der deutschvölkischen Flugblätter, von „Welt- und Werkblättern“ bezahlt werden mußte? Das diese „Literatur“ aber direkt zu einer Mord- und Verfolgungspropaganda ausartete, das weiß das soeben im Verlauf der Verhandlung Formaris erschienene Schriftchen: „Rückblick auf die Judenrepublik von Carlo Ritterreich an den Freherzeugnissen deutschvölkischer Endelsfabrikanten nach.“

„Wacht! ganze Arbeit mit den Juden“ schreibt da der „deutsche Volkstrotz“, Dr. Heinrich Gudor, Leipzig (Hand- und Werkzeitleit Nr. 2. „Deutscher Volkstrotz“). „Wollen reist man nicht, man tödtet sie!“

In einem Abdruck der Deutschen Vereinigung für Wahrheit, Volksaufklärung und Volkserhebung (G. B.), Leipzig, G. Hecks Verlag, heißt es: „Auf zur Tötung, auf zum offenen Kampf gegen die Ausländer.“ Das auf einer Postkarte verbreitete Gedicht: „Wie es kommt“, kündigt „allen Judasbrüdern“ den nahen „roten Tag“ an, an dem sie wie „solle Hunde“ niedergeschlagen werden sollen.

Auf die deutschvölkische Tonart waren schon die Andeutungen des Kapitäns Ehrhardt gestimmt, in denen dieser kurz vor dem Zusammenbruch des Rapp-Putsch (Rede an seine Truppen) unter anderem erklärte: „Ich war gestern schon vor die Frage gestellt, zu bleiben oder abzurücken; aber ich bin geblieben, weil ich es für das Beste hielt.“ Das Judentum gewinnt wieder an Anhängern, deshalb müssen wir vorläufig unsere Sache zurückstellen.“

Das es bestimmte monarchistische Kreise der Rapp-Vernehmung nicht allein auf einen Massenmord der Juden, son-

dem auch der Republikaner abgesehen hatten, ist
beseitigt das Schicksal des Rentners M. an den Politischen
Verstand:

Wichtig! wer nicht die kommende Saison nicht die
haben für ungenügend anerkennen — eine Sache, die
um diese Stunde auszusprechen. Ich habe hier schon eine
schwarze Fäule angesetzt, damit auch die „Mittleren“ nicht
schließen werden, denn es werden's auch manche Richter
juden rechtlich.

Die von den Rapp-Politischen geplante „Organisation
in Venedig“, die in eine „politisch-militärische“ und „in eine politi-
sch-militärische“ zerfällt, sollte das ganze Volk „auf den
Schlachtfeld“ vorbereiten, und sie sollte ebenfalls die „Anleitung
von schwarzen Wägen“ vor. Was diese „schwarzen Wägen“
bedeutet, das ist der oben angeführte Fall aus dem
Munde eines Rentners M. (vom 11. Februar 1920) leicht
erzählen.

Hebrigens bewegte sich der Rapp-Politische Vudendorff,
der in einem bei dem erkrankten Hauptmann Verthold ge-
sunden Schicksal direkt als kommender Minister be-
zeichnet wird, kann in deutsch-russischen Ideen. Vudendorff
preist direkt die gemeine Völkerverehrung: „Die Ge-
heimnisse der Welt von Zion“ an und verdächtigt die
Juden, Deutschlands Niederlage herbeizuführen zu haben, um
ihre nationalen Wünsche zu erfüllen.

Die „Geheimnisse der Welt von Zion“ haben aber in
direkter Beziehung zur Ermordung Rathenau. Der Rör-
der von Berlin auf seinen Mitverschworenen Tschow dadurch
einwirkten, daß er Rathenau als einen der 300 Weisen von
Zion bezeichnete, die die ganze Welt unter die Herrschaft des
Judentums bringen wollen. Kern bezeichnete weiter dem
Anschließen wieder gegenüber den Bankier Warburg als
einen der „Weisen von Zion“.

Die Produkte aus der deutsch-politischen Substanz haben
mit ihrem Propagandawerkzeug in antisemitisch-monarchistischen
Kreisen die wildesten Instinkte geweckt und schließlich über
die Attentate und Anschläge auf Erzberger, Gaxeis, Auer,
Schelldemann, Sanger, Dirksfeld, Gorden zur Ermordung
Rathenau geführt. In dem Prozeß gegen die Rathenau-
Mörder sind daher als die „eigentlichen Angeklagten“ die
Geistherren der deutsch-politischen Presse und der deutsch-
politischen Geheimorganisationen zu bezeichnen.

Jubilierende Aktionäre.

Wir erleben Zeichen und Wunder. Die Industrie
stöhnt unter Kreditnot und Kapitalmangel
— zur gleichen Zeit aber ersticht eine Reihe von Unter-
nehmungen geradezu im Kapitalüberfluß, so daß man
sich mit phantastischen Gewinnausschüttungen
zufrieden stellt.

So sei unter den großen Industriegruppen nur der
Anilinkonzern erwähnt, der durch eine Kapitalverdop-
pelung mit einem niedrigen Ausgabekurs für die
neuen Aktien den Aktionären zum drittenmal seit
abliegende Millionen zuwendet. Daneben gibt es
aber auch kleine Unternehmungen, die infolge ihrer
Ueberrendite in der Lage sind, 100—150 Prozent Divi-
dende, also das gesamte und selbst das Aushaltende
ihres Aktienkapitals mit einem Male unter die Leute
zu bringen. Jubilierende Aktionäre im wahren Sinne
des Wortes sind die Aktienbesitzer der Sankt-
Petersburger und chemischen Fabriken, Aktien-Gesell-
schaft in Wigo, die anlässlich ihres 50-jährigen Be-
stehens 50 Prozent Dividende und dazu einen
„Jubiläum“ Bonus von 100 Prozent zu-
kommen also 150 Prozent ausschütten; der an Aktionäre
ausgeschüttete Betrag beläuft sich auf 23 Millionen
Mark — zu sozialen und gemeinnützigen Zwecken
werden gleichzeitig 17 Millionen Mark ausgeworfen.
Die Aktionäre haben um so mehr Grund zu jublieren,
als ihnen über das vorige Geschäftsjahr 80 Prozent
Dividende und ein sehr wertvolles Bezugsrecht auf
neue Aktien gebracht hat.

Aber es bedarf nicht erst feierlicher Anlässe, wie im
Falle der Sankt-Petersburger, um eine erfolg-
reiche Zahlungsbewegung für die Aktionäre durchzuführen.
Die Maschinenfabrik Schaff Rued. Aktiengesell-

schaft in Saalfeld, bringt 80 Prozent den Aktionä-
ren zugute, indem sie ihnen zwar nur 80 Prozent Di-
vidende, aber dazu 20 Prozent Bonus und auf jede
Aktie einen Bonuschein, der auf 1000 Mark lautet und
voll Einlösungsrecht hat, also im Werte von minde-
stens 100 Prozent im Vorauslagen ist, spendiert.
Nebenbei wird das Kapital verdoppelt, die neuen
Aktien werden um 100 Prozent ausgeben. Es münkt
also zu den 150 Prozent Dividende um noch ein weiteres
Bezugsrecht, denn es ist klar, daß bei so enormen Ge-
winnausschüttungen der Kurswert neuer Aktien ganz
bedeutend höher ist.

Indem sie über Mangel an Betriebskapital Klage
führen, schätzen die Sankt-Petersburger chemischen Fabriken
(vorm. Vorster u. Grunberg) 100 Prozent, also das
volle Aktienkapital auf einmal aus. Nicht anders die
Porensinter Stahlwerke von der Typen und Wessener
Eisenhütten-Aktien-Gesellschaft in Köln-Deutz, die
gleichfalls 100 Prozent Dividende ausschütten.
Diese verhältnismäßig sehr hohen, im Hinblick auf die
unlebensbare Kapitalnot geradezu unangehörlichen Divi-
denden werden herabgebracht, obwohl Banken, die für
die Kreditpolitik verantwortlich sind, in den Ausschick-
räten der fraglichen Unternehmungen vertreten sind.
Diese berufenen Sachwalter des Kredits sehen unnötig
zu, wie deutsche Industrieunternehmungen ihre auf-
geammelten Mittel ohne Rücksicht darauf, ob sie sie in
Zeiten schlechten Geschäftsganges brauchen werden,
verpulvern, wie sie ihren Kredit unterhöhlen, indem
sie ihre Betriebe mit neuen Aktien belasten, die den
Aktionären mehr an Gewinnen bringen als den Unter-
nehmungen an Kapital. Anstatt die Werke zu veran-
lassen, ihre Mittel zusammenzuhalten und vorläufig
entbehrliche Reserven in irgendeiner Form anderweit
dem Kapitalmarkt zur Verfügung zu stellen, gibt man
die Dividende den Aktionären der zusammenbrechen-
den deutschen Wirtschaft, so daß diese Ueberrendite größ-
tenteils in den Verbrauch übergeführt werden.

In diesem Geschäftsgange der Banken und In-
dustrie kennzeichnet sich der schreiende Widerspruch der
kapitalistischen Wirtschaft fast noch mehr als in
der anderen Tatsache, daß Aktionäre jublieren, wäh-
rend die Rentner entsetzt werden, daß Proletariat
Mangel leidet und die Volkswirtschaft durch Kapital-
not vor die Hunde geht! —

Branting über den Völkerbund.

Der schwedische Ministerpräsident Genosse Branting
sprach bei seiner Anwesenheit in Berlin dem Vertreter
von „Europa Press“ die Meinung aus, daß die letzte
Sitzung des Völkerbundes die beste von allen bisher
abgehaltenen gewesen sei. Man sei tiefer in die Ma-
terie der verschiedenen Dinge eingedrungen, die
Gründlichkeit sei größer geworden. Der gute Wille
zur Verständigung sei ganz unverkennbar zutage ge-
treten und es sei gelungen, in einzelnen Fragen zu
Ergebnissen zu kommen und für die Erörterung an-
derer wichtiger Fragen die nötigen Vorbereitungen zu
treffen. Der Eintritt Deutschlands in den
Völkerbund müsse unbedingt erfolgen, sowie es
die Verhältnisse nur irgendwie gestatten; er sei nicht
nur eine Notwendigkeit für Deutschland, sondern auch
für den Völkerbund; beide bräuchten einander. Deutsch-
land werde als Mitglied des Völkerbundes viel mehr
Gerechtigkeit finden, als wenn es außerhalb
bleibe. Der Eintritt Deutschlands würde die Univer-
salfität des Völkerbundes sichern und so für diesen eine
glückliche Entwicklung sein. In Genf sei zu den ver-
schiedensten Mälen das Fehlen Deutschlands und
Ruhlands und natürlich auch der Vereinigten Staaten
als ein großes Hemmnis angesehen worden. Darin sei
sich die große Mehrheit der Vertreter einig gewesen.
Branting erwähnte dabei den einstimmig angenom-
menen Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages

in Augsburg auf Antrag des Reichstagspräsidenten
Ebbe. Dieser Beschluß habe in den verschiedenen
Kreisen der Mitglieder des Völkerbundes sehr tiefen
Eindruck gemacht und sei allgemein als ein gutes Bei-
spiel angesehen worden.

Gegen den Faszistenterror in Südtirol.

Die deutschen Abgeordneten Südtirols veröffent-
lichen einen Aufruf an das deutsche Volk Südtirols,
in welchem sie an ihre Politik eines friedlichen Neben-
einanderlebens der deutschen und der italienischen Be-
völkerung erinnern. Dies ist jedoch nur zwischen
Freien und Gleichberechtigten, nicht aber zwischen
Herrn und Knechten möglich.

Anlässlich des Jahrestages der Annexion Südtirols
veranstaltete der Andreas-Hofer-Bund eine Protest-
kundgebung. Die Häuser waren schwarz geflaggt, die
Geschäfte von 10 bis 12 Uhr geschlossen. In allen Kir-
chen des Landes wurden Tranergottesdienste abgehal-
ten. Auf dem Marktplatz wurde mittags eine Massen-
versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Die
Redner wiesen auf die bedrückende Lage der Deutschen
Südtirols hin. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Die Demokraten für Eberts Wiederwahl.

Auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld
sprach gestern der Vorsitzende Senator Petersen dem
Reichspräsidenten den Dank der Deutsch-Demokratischen
Partei für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte
aus, besonders auch für das deutsche Denken und Han-
deln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Ebert wie-
der zum Reichspräsidenten gewählt werde. Die Aus-
führungen riefen einen spontanen Beifallsturm her-
vor, der minutenlang andauerte.

Die neue Beamtenbesoldungsvorlage.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde
die vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Be-
soldungsvorlage beraten und angenommen. In der
Vorlage sind die bisherigen Steuerzuschläge in die
Grundgehälter und Ortszuschläge eingebaut. Die Orts-
zuschläge sind mit Rücksicht auf das inzwischen in Kraft
getretene Reichsmietengesetz, und als Ersatz für die
bisherigen widerruflichen Wirtschaftsbefristen ent-
sprechend erhöht worden. Die Vorlage geht noch heute
dem Reichsrat zu und soll dem Reichstag bei seinem
Zusammentreten am 17. dieses Monats bereits vor-
liegen.

Ein neues Wiederaufbaufortium. In der
Hamburger Börse fand eine Besprechung Hamburger
und norddeutscher Industrieller statt wegen Errichtung
einer neuen deutsch-französischen Wiederaufbaugruppe
für Hamburg und Norddeutschland. Mit französischen
Mandatären ist bereits in Paris verhandelt worden,
und zwar soll die Gründung einer Interessengemein-
schaft beabsichtigt sein. Es soll insgesamt die Aufnah-
me von 600 Millionen Franken in Betracht kommen.
Die Gründung der Interessengemeinschaft soll in einer
demnächst stattfindenden Versammlung vorbereitet
werden.

Die Parteivereinigung in Dresden. In Dresden
ist die Verschmelzung der beiden sozialistischen Partei-
setzungen beschlossen worden. Die Zusammenlegung
der beiden Zeitungen erfolgt Mitte des Monats. Von
da an wird die „Dresdener Volkszeitung“ den Unter-
titel führen: Organ der vereinigten Sozialdemokratie.

Vom irischen Bürgerkrieg. Irische Aufständische, die
im Gefängnis von Mounton gefangen gehalten wur-
den, griffen heute plötzlich die Wache an. Ein Soldat
und ein Polizist wurden getötet, ein Offizier und meh-
rere Soldaten verwundet. Keinem der Gefangenen,
von denen einer getötet und mehrere verletzt wurden,
gelang es zu entkommen.

Ungeheiter!

An der Wiener Arbeiter-Zeitung seien vier
zwei Schweregerichtsverfahren. Heideval handelt
es sich um Totschlag, der das Verbrechen einer durch Missetat
genau entlassenen Versuchsträgerin war. Doch der Täter
genau als sein Verbrechen bezeichnet worden, sehr aus den Zügen
ausgegangen und aus dem Zusammenhang der Zusammenhänge her-
vor. Nur der Grad der Verantwortlichkeit ist nicht fest-
stellen. Während der Verantwortliche die Merkmale der Ver-
suchsträgerin gegeben haben muß, findet der Staatsanwalt, daß
der Angeklagte im Augenblick der Tat nur angeheiter, also
im Wahn und ohne Verstand seiner Verurteilung war.

Angeheiter! Wie barock dies klingt, wie gemächlich, wie
verkommenes! Oben Menschen in von außen her die
Vetterlichkeit ausgehen, da ist es wohl zu verstehen, ist glückselig,
was sollte er Neues an Schicksal haben? Angeheiter! Wie
lustig! Man muß unvollständig sein, wenn man das Wort
heißt! Und dennoch, dennoch ist es möglich, daß ein Mensch
dem anderen im anachronistischen Zustand ein
Messer in den Kopf rammt! Was für eine sonder-
bare Verurteilung mag das wohl sein! Aber — wiederholt ist es
gar keine! Wenn ein Mensch unvollständig ist, so ist es ge-
schrieben, muß er doch krank sein? Ja, aber warum hat die
Krankheit den Mensch gehandelt so einen schrecklichen Ver-
suchsträgerin? Warum heißt dieser Zustand „an-
geheiter“, warum nicht angeheiter, warum nicht in-
differenter, warum nicht, da die höchsten Instanzen der alten Welt im
Menschen anzuwenden scheinen, anzuwenden, warum nicht
verleitet? Nur angeheiter! Und es sieht doch das ganze
Menschentum eines Menschen auf dem Spiel!

Nur angeheiter! Und was Jahrtausende an Mühen an
Selbstbeherrschung, an Väterlichkeit, an Zustände gebracht
haben, ist hier nur die Folge in geistlichen. Und was
in der Zukunft anzuwenden! Und das ganze Land ist die
Korruption, die Unvollständigkeit, die Schwere, die
öffentlicher Ansehens, Vandalismus, Vortrefflichkeit, ver-
schönere — wer kommt jetzt noch in Bewegung?

Man wundert sich nicht mehr, daß alle diese Dinge nicht
Tag und Nacht der Verleugung anliegen, daß sie nicht

monstrationszüge veranlassen, daß sie nicht reden und schrei-
ben, daß sie nicht während der Menschen in die Ehren
kämpfen. Mit diesen Anheiterungen müßte es ein Ende haben!
Wie traurig ist doch auch ein Gericht! Wie schmerzhaft läßt es
die tiefe Kultur der Völkern erkennen! Was
muß uns unter ausgebildete Völkern? Volkspolizei
wäre mehr! Laßt die Armen nicht schuldig werden, dann
braucht ihr nicht so oft und nicht so lange herumzusitzen,
wie ihr den Wegweiser zwischen Recht und Unrecht
findet! Jugendverderbung, Elternverderbung! Völkern
sollen sich mit dem Volke beschäftigen. Seelenforscher, nicht
Finkler, Seelenärzte! Dann wird sich keiner mehr an-
heiteren müssen, weil jeder die Fehler in sich hat, die
tiefe Fehler der Herrschaft über sich
lehrt! Wann wird endlich der Mensch des Menschen größte
Sorge sein?

Ein Leuchtturm für die Ostschiffahrt. Die Orientierung
der Ostschiffahrt zur Küste erfordert ähnliche Einrichtungen
wie die Westschiffahrt. Ständige Einrichtungen zu diesem Zweck
werden um so dringlicher, je mehr die Ostschiffahrt sich zu einem
regelmäßigen Verkehrsmittel für die Post, für Waren-
verkehr und Verkehrsverkehr herausbildet. Die Telephonie
ohne Draht, welche in den letzten Jahren große Fortschritte
gemacht hat, ist ein verlässliches Mittel, durch das der Führer
eines Ostschiffahrt oder Jahrganges sich mit Stationen der
Küstenlinie in Verbindung halten kann, und man wird
wohl mit der Zeit an einem Teil von Stationen kommen, von
denen aus die Straßen in der Luft kontrolliert werden. Da-
neben aber erscheint das Vorkommen von weithin sicht-
baren Leuchttürmen ebenfalls angebracht wie das von Leuch-
turm und Leuchttürmen an den Meerestrafen. Auf dem
Monte Marone, etwa zwölf Kilometer von Tien entfernt, ist
recht ein solcher Leuchtturm errichtet worden, dessen Licht die
haupte Leuchte von einer Million Leuchte besteht. Das
Leuchtturm besteht aus acht mächtigen Leuchttürmen von
20 Ampere und 60 Volt. Es ist drehbar gegen die Richtung
angelegt, keine Leuchte besteht aus 20 Leuchte, die durch
einzelne Leuchte von 20 Leuchte besteht. Dieser Leuchte
Paris und Marseille und weiterhin nach Nordafrika dienen,

Ein nicht gewollter Erfolg. Der Vorkrieg hat die Bücher
des italienischen Dichters und Nobelpreisträgers Ana-
tole France auf den Index gesetzt, soll heißen:
ihre Vertikale für freigeistliche Katholiken verboten. Dies
hat — in Paris wenigstens — eine Folge gehabt, an die der
Katholik wohl kaum gedacht hat; die Buchhändlerläden der
Zentrumstadt, ja auch der Provinz wurden förmlich gestürmt.
Alles wollte plötzlich Anatole France lesen, alles Bücher von
ihm im Besitz haben. Der Verleger mußte sich mit schmerz-
gelbem Gesicht von jedem Werke Neuauflagen drucken
lassen; denn die vorhandenen Auflagen sind bis auf letzte
Stück vergriffen. Selbst in den Anheiterhandlungen ist kein
Stück mehr zu haben.

Ein literarischer Tendenzprozeß. Gegen den Schriftsteller
Karl Einlein und seinen Verleger Ernst Rommelt ist beim
Landgericht 2 in Berlin eine Anklage wegen „Verleumdung“
erhoben. Diese soll durch das von Einlein verfasste und
bei Rommelt verlegte Buch „Die schlimme Gesellschaft“ be-
gangen sein. Es ist dies seit dem Bestehen der Republik der erste
Verleumdungsprozeß, der aus einer literarischen Publi-
kation entstanden ist und hoffentlich der letzte.

Die Kontrabassisten Schauspieler. Zu der bereits ge-
meldeten Aufhebung zweier Berliner Schauspieler von
jeder Bühnenartigen auf ein Jahr schreibt das N. Z.: Zwei
bekannte Berliner Schauspieler sind für kontrabassistisch
erklärt und mit reichlich verdienten Strafen bestraft worden.
Die „Leute“ Orla Orla und der „Kühnster niedliche“
Gurt Reidermann. Die Sache zeigt, bis zu welchem Grad
der Verwahrlosung das Berliner Bühnenwesen gediehen ist.
Sart Reidermann kann ganz einfach ohne Urlaub an einer
Schauaufnahme in die Provinz, und die Dame Orla, der
Friedrich Weber verpflichtet, arbeitet auf Grund eines
alten rechtswidrigen Vertrages bei einer anderen Firma.

Was der Weltkult von Tourn. In zu seinem Sekretär;
Zogen Sie, wie hat liegt Reidermann eigentlich begraben? —
Der Sekretär: Zogen Sie in Paris, in Paris, in Paris. —
Was der Weltkult von Tourn? — Der Sekretär: Das ist
improvisiert, das ist die proklamiert die Wahlreform gewollt habe
und das Reidermann sie verheiratet hat.

Die Schraube ohne Ende.

Tarifserhöhungen für Straßenbahn und Krankenhaus. — Der Einbau von Läden im Zeughaus. Bewilligung von Mitteln für Frühstücksbepfehlung von Volksschülern, für den Schulneubau in Laurential, für Spielplätze und für die Abmelkwirtschaft in Weichhof.

Auch die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte sich fast ausschließlich nur wieder mit Erhöhung von Preisen und für das Krankenhaus, sowie mit umfangreichen Bewilligungen für eine Anzahl städtischer Einrichtungen und Bauten zu beschäftigen. Die neuerliche Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise löste eine längere Debatte aus, in der die Verdoppelung des Tarifes von allen Seiten als außerordentlich hart bezeichnet wurde. Nach Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, der eine Ermäßigung für Schwerkrankenbesoldigte und Fortbildungsschüler bringt, stimmte die bürgerliche Mehrheit aber dennoch der 100prozentigen Erhöhung der Fahrpreise zu. Die vom Senat geforderte Ermäßigung, zunächst die Fahrpreise unter Befragung des städtischen Verkehrsamtes selbständig festzusetzen, fand keinerlei Gegenliebe. Der Antrag wurde mit dem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen, die in dieser Hinsicht mit den Preisfestsetzungen für Gas und Elektrizität durch den zuständigen Ausschuss gemacht worden sind, allerseits abgelehnt. Von den Bewilligungen, deren ein ganzer Bündel vorlag, war die Wiederannahme der Schulkinderbepfehlung für die Allgemeinheit die wichtigste. Leider wurden die sozialdemokratischen Erweiterungsanträge, die Zahl der zu bespeisenden Kinder von 4000 auf 8000 zu erhöhen und statt 1 1/2 Millionen dafür 4 1/2 Millionen zu bewilligen, abgelehnt, obwohl selbst von bürgerlicher Seite der außerordentlich schlechte Gesundheitszustand der Volksschulkinder nicht geleugnet werden konnte.

Mit halbstündiger Verspätung wurde die Sitzung bei Anwesenheit von 25 Stadtverordneten eröffnet. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der gemischte Ausschuss für Verbesserungen aus 4 Senatsvertretern, 8 Stadtverordneten und 4 Bürgervertretern bestehe. In den Ausschuss wurden u. a. gewählt die Stadtverordneten Vorwert, Roggenbuck, Fletkau und als Vertreter der Arbeitersportverbände Artus und Koch.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) protestiert bei dieser Gelegenheit dagegen, daß ein Vertreter der Arbeitersportverbände, Artus, von der Teilnahme der Ausschussarbeiten ausgeschlossen wurde. Stadtrat Dr. Mauer bedauerte den Vorfall und führte ihn auf ein Versehen eines unteren Beamten zurück.

Für das Metzer Laughaus wird eine Anzahl Weisler wieder- bzw. neu gewählt. Es stand, alsdann die

Erhöhung der Schankkonzessionssteuer

zur Beratung.

Stadtv. Mahn (R.) war der Meinung, daß durch die dem Volkstage vorgelegte „Hodersteuer“ diese Vorlage überflüssig ist.

Konrater Hoderacker erwiderte, daß die Hodersteuer für die Verlängerung der Pollzeitsunde erhoben werden soll. Der vorliegende Antrag des Senats fordere die Verdoppelung der Steuerätze bei Neukonzessionierungen.

Für Ausbau des Spielplatzes Anepab werden 1.050.000 Mark angefordert.

Stadtv. v. Rudzinski (Pole) wies darauf hin, daß bereits vor Jahresfrist, am 7. Juni 1921, für diesen Zweck 350.000 Mark bewilligt worden sind und verlangt Rudzinski, warum die Ausschreibung der Arbeit nicht sofort erfolgte. Jetzt müsse die Stadt die Mehrkosten tragen, mit den Mitteln der Allgemeinheit werde Schindler getrieben.

Senator Leske gab als Ursache der Verzögerung den vorläufigen Bauarbeiterstreik an.

Stadtv. Gen. Epil war mit einer solchen Antwort natürlich nicht zufrieden. Selbst wenn der vorjährige Bauarbeiterstreik die Arbeiten verzögerte, so war doch nach dessen Beendigung Zeit genug, den Zaun aufzustellen, zum mindesten hätte das Material beschafft werden müssen. Es sei allgemein, daß der Senat trotz der dabei gemachten Erfahrung in diesem Jahre einen neuen Bauarbeiterstreik provozierte.

Wegen die Vorlage selbst wurde kein Widerspruch laut und die angeforderten Mittel bewilligt. Ebenso 312.000 Mark für den Ausbau der Spielplatzanlagen auf dem Altschloßberge. Für den Neubau einer Schule in Laurential wurden ohne Aussprache 8.100.000 Mark bewilligt. Für die Verbesserung des städtischen Pagers I wurden 1.200.000 Mark bereitgestellt und Mittel bewilligt zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach dem Kaiserhafen.

Der Einbau von Läden in das alte Zeughaus ließ sich den Widerspruch des Stadtv. Dr. Thun (Centr.), der dadurch eine Verhinderung des ehrwürdigen Gebäudes befürchtete.

Stadtv. Winter (D. P.) war dagegen der Ansicht, daß die in Aussicht genommenen Läden eher zur Verschönerung des Gebäudes beitragen, als das bisherige Kartoffellager.

Senator Dr. Leske wies darauf hin, daß der Plan des Zeughausumbaus von Professor Fischer ausginge, was eine Gewähr dafür sei, daß das alte Gebäude nicht darunter leide. Durch die Vermietung der Läden sollen die Mittel zur Erhaltung des Gebäudes aufgebracht werden.

Stadtv. Gen. Grünhagen betonte, daß im Ausschuss einstimmig der Umbau des Zeughauses beschlossen worden sei. Wenn die Läden nicht eingebaut würden, würden sich Schmutzwasser für Unschickliches Gefinde bilden. Die Vorlage des Senats wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Für die Aufrechterhaltung und Weiterführung der Abmelkwirtschaft auf dem städtischen Gut Weichhof wurden vom Senat 1 1/2 Millionen Mark verlangt.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) erklärte, daß er der Vorlage zustimme. Er übte dann scharfe Kritik an dem Verwalter des Gutes, Inspektor Beder, der das Gut in Grund und Boden wirtschaftete. Während andere Güter bedeutende Ueberschüsse bringen, verlangte das städtische Gut Weichhof im vergangenen Jahre einen Zuschuß von 100.000 Mark. Bei dem Verkauf städtischen Grundbesitzes habe Beder den Interessen der Stadt entgegen gehandelt. Redner wies auf das Gut Salve hin, dessen Bodenqualität viel schlechter sei und trotzdem der Stadt 3 Millionen Mark Nacht einbringe.

Die Senatoren Jansson und Juch II bemängelten sich, die gegen Beder erhobenen Vorwürfe zu entkräften.

Stadtv. Gen. Grünhagen betonte, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit Beder's nicht angezweifelt werden soll. Tatsache sei jedoch, daß die Bewirtschaftung des Gutes das nicht einbringt, was verlangt werden kann.

Die Aussprache war damit beendet, die verlangten 1 1/2 Millionen wurden bewilligt, um die Mischerförmung Danlags in etwas sicherzustellen.

Wie zu erwarten war führte die abermalige 100prozentige Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise

zu einer längeren Aussprache. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen legten folgenden Antrag vor: 1. Für Schwerkrankenbesoldigte sind Karten zu ermäßigten Preisen analog den Bestimmungen für Studierende an der technischen Hochschule einzuführen; 2. den Schülern der Handels- und Gewerbeschule sind ermäßigte Tageskarten zum Besuch dieser Schule zu gewähren.

Stadtv. Winter (D. P.) hatte zwar schwere Bedenken gegen die neue Erhöhung der Fahrpreise, stimmte ihnen aber zu. Tagegen lehnte er es ab, dem Senat die Ermäßigung zu erteilen, weitere Erhöhungen der Straßenbahnfahrpreise ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Stadtv. Dr. Thun (R.) lehnte es ebenfalls ab, dem Senat die erbetene Ermäßigung zu erteilen. Es sei nicht notwendig, daß Verkehrsunternehmen rentabel sind, es genüge, sie lebensfähig zu erhalten.

Stadtv. Gebauer (U.S.P.) erklärte, daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Erhöhung der Tarife ablehnen, da es dann weiten Kreisen der Bevölkerung nicht mehr möglich sei, die Straßenbahn zu benutzen. Schon im Mai vorigen Jahres habe die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Schwerkrankenbesoldigten Straßenbahnfahrkarten zu ermäßigten Preisen abzugeben. Der Beschluß sei bis jetzt nicht ausgeführt worden, sondern nur an sechs Schwerkrankenbesoldigte Freiskarten auszugeben worden. Redner trat dafür ein, daß den Schülern der Handels- und Gewerbeschule zum Besuch der Schule ermäßigte Tageskarten gegeben werden.

Stadtv. Foren (D. P.) schloßerte die Notlage vieler Studenten. Die Stadtverordnetenversammlung möge den Studenten durch Gewährung billigerer Straßenbahnfahrkarten entgegenkommen.

Stadtv. Mahn (R.) wies darauf hin, daß die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise 75 Prozent betrage. Die Direktion der Straßenbahn fordere aber einen 100prozentigen Zuschlag auf die Fahrpreise. Es werde freilich damit operiert, daß die Straßenbahn Müllwagen für Erneuerungen machen müsse. Reparaturen oder Reparaturen seien jedoch so gut wie gar nicht gemacht worden. Die Verzinsung der Vorkauskassen müsse aufhören und das Unternehmen in städtische Regie genommen werden.

Senator Kunze wies darauf hin, daß alle Verkehrsunternehmen sich in einer schwierigen Lage befinden. Wenn die beantragten Tarifserhöhungen nicht bewilligt würden, müsse das Unternehmen stillgelegt werden. Das Unternehmen müsse sich durch Einnahmen erhalten. Die Straßenbahn gebe an 65 Schwerkrankenbesoldigte und 40 Blinde Freiskarten aus.

Stadtv. Frau Richter (D. P.) wünschte die Herausgabe von Monatskarten für die Strecke Dübener Tor — Althagenweg.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die 100prozentige Straßenbahntarifserhöhung wurde dann mit 14 gegen 14 Stimmen beschlossen. Wegen die Vorlage stimmten die Polen und die Polen. Mit großer Mehrheit wurde dann das Verlangen des Senats, die weiteren Fahrpreiserhöhungen selbst zu beschließen, abgelehnt. Angenommen wurde dagegen die Resolution, die die Einführung von Monatskarten für die Strecke Dübener Tor — Althagenweg forderte.

Die Frühstücksbepfehlung armer Schulkinder

soll nach den Ferien wieder aufgenommen werden. Der Senat forderte zu diesem Zweck 1 1/2 Millionen Mark, für die 4000 Volksschulkinder gespeist werden sollen. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen beantragten, die Summe auf 4 1/2 Millionen Mark und die Zahl der Schulkinder, die an der Speisung teilnehmen, auf 8000 zu erhöhen. Weiter wurde beantragt, die Speisung auch auf die bedürftigen Schüler und Schülerinnen der mittleren und höheren Schulen auszudehnen.

Stadtv. Gebauer (U. S.) begründete die sozialdemokratischen Anträge. Die fürchterliche Not und das steigende Elend zwingen zu Abwehrmaßnahmen. Es sei bedauerlich, daß die Klüber der Mittelschulen von der Schulspeisung ausgeschlossen sein sollen.

Von den Rednern der bürgerlichen Fraktionen und vom Senat wurden die sozialdemokratischen Anträge bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß die angeforderten Mittel vorerst genügen. Dabei wurde von dem Stadtverordneten und Sekretär Puhdränge selbst festgestellt, daß die Ernährung der Schulkinder argzweit weit schlimmer sei, als wie während des Krieges. Ein der Stadtverordneten Frau Gen (U. S.) wurde verlangt, daß die Aussicht in der Schulküche schwarzes Meer angewiesen wird. Die bisherige Leiterin, Frau Traband, habe sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Stadtv. Grünhagen beantragte die Ausschreibungen der Stadtverordneten Frau Gen. Besten erklärte jedoch, Zeugen für ihre Behauptungen beibringen zu können. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Polen und Polen abgelehnt, die Senatsvorlage angenommen.

Für die Ausschüttung der Summen im Dröner Walden wurden 200.000 Mark bewilligt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der am 20. Juli 1921 angeordnete Tumultschaden ersetzt wird.

Die 100prozentige Erhöhung der Krankenkassen wurde ohne Aussprache bewilligt. Dabei wurde ein Antrag angenommen, der die Bedürftigkeitsgrenze bei Ermäßigung in der 3. Klasse ebenfalls erhöht. Gegen 18 Uhr trat das Haus in die geheime Beratung ein.

Danziger Nachrichten.

Der Dollar!

Dollar — ein Wort? Mehr: eine Macht, der die halbe Erde lauscht, ein Ton, der in die niedrigste Hölle, in den prunkvollsten Palast bringt — Dollar ist Weisheit von Millionen.

Der Dollar steigt — hier liegen Tausende auf der Straße, leeren die Fabriken, sprengen die unverschämlichen Waren die Lagerhäuser; dort liegen die Maschinen, müßt sich alles, was arbeiten kann, und stehen doch Tausende vor unerschwinglichen Preisen und schreien nach Brot. Misstrauen, Unlust, daß jenseit zwischen Liebenden, weil sie der steigende Dollar hindert, sich für ihr Leben zu verbinden, Mütter verzweifeln vor den hungrigen Mäulern ihrer Kinder, Lehrer lassen sich erschauern in die Straße, in die Gasse gleiten, weil der Glanz des Dollars hinweglockt aus armen Familienkreis, Männer werden brutal, gierig, belauern jede Schwäche des Nächsten, um mitzufliegen mit dem Dollar. In Säulenn und Pfosten wird eine Kultur aufgeschüttet zu hemmungslosem Luxus, bis sie zerplatzt an innerer Leere. Und Politiker zerrt in sich die Stur, lagen von Sitzung zu Sitzung, entworfen Gesetz um Gesetz, zu drehen das unheimliche Geschick, das Dollar treibt!

Der Dollar steigt — Tausende horchen auf, Hoffnungen, unheimliche, erwachen in fieberhaft überreichten Gehirnen, Exekutanten erzittern, es knistert im Gebälk Duzender von Palastarrangierungen — die Welt horcht ... und lauscht — was wird der Dollar tun ... der Dollar — ?

Er fällt! Wie ein Gewitter geht es durch die Welt. Verzweiflung, Zusammenbruch hier, Wäutmen dort, neue Kämpfe, Schreie an die Regierungen, Schutzsuchende, Bankrotteure, frohlockende Gewinner, bereit zu neuem gierigen Kampf. —

Ist das nicht Wahnsinn? Wann wird die Menschheit die Tyrannen abwerfen, die Diktatur des Dollars, die Diktatur der Dinge, der Waren, die ausgelassene Tyrannen der Dinge?

Wann wird sie aufhören, zu lauschen auf das Machtwort des Dollars, wann wird die Menschheit reif sein zur Herrschaft auch über den Dollar, über die Waren, über die Dinge? W. Haupt.

Unschuldig 24 Jahre im Justizhaus.

Ein erkrankterweise nicht schuldig, folgenreicher Justizirrtum fand jetzt nach 24 Jahren seine endliche Aufklärung und Wiederaufnahme. Der Arbeiter Karl Hannemann aus Groß Jander wurde im Februar 1900 an 2 1/2 Jahren Justizhaus verurteilt, weil er mit anderen Personen zusammen zwei Einbruchsdiebstähle begangen haben sollte. Bei dem Verurteilten in Bohusad soll er ein Schwein und 20 Fühner, bei einem Diebstahl ein Schwein, eine Hige und fünf Kaninchen durch Einbruch gestohlen haben. Der Angeklagte bestritt damals schon die Tat, wurde aber doch für schuldig befunden. Im Gefängnis beschäftigte er sich und nahm die Strafe an, weil ihm gesagt wurde, Revision sei nur möglich, wenn ein Formfehler vorliege. Wenn er das Wiederaufnahmeverfahren betreiben wollte, dann müsse er zunächst die Strafe annehmen und dann kann die Sache weiter betreiben. Das Wiederaufnahmeverfahren wurde ihm bewilligt und die Strafkammer hatte nun noch mehr als 2 1/2 Jahren nochmals über die Sache zu verhandeln. Es gelang dem Angeklagten durch Zeugen nachzuweisen, daß er am Abend des ersten Diebstahls in Dargowien in einer Versammlung war und hier noch mit dem Redner des Abends ein Glas Bier trank. Der Tag der Verurteilung war durch das Protokollbuch genau festzustellen. Ferner konnte er durch Zeugen genau nachweisen, daß er zur Zeit des zweiten Diebstahls den Fuß gebrochen hatte und an Krücken ging. Dieser Tag war deshalb genau festzustellen, weil an diesem Tage seine Schwester in Dargowien war, wie an diesem Tage war er erkrankt, daß er bei beiden Diebstählen nicht dabei gewesen sein konnte. Die Strafkammer sprach ihn deshalb frei. Hannemann hat also über 2 1/2 Jahre unschuldig im Justizhaus gesessen, aus dem er jetzt vorgelassen wurde. Er wurde sofort entlassen.

Danziger Nachrichten.

Danzigs Ein- und Ausfuhrverbote.

Der Senat hat in einer Verordnung die Ein- und Ausfuhrverbote auf Grund des Danzig-polnischen Wirtschaftsvertrages neu geregelt. Danach ist die Einfuhr folgender Gegenstände in den Freistaat verboten und nur mit Genehmigung der Außenhandelsstelle zugelassen: Pfeifen, Gekörnte und Sigarillos (geschüttelter Tabak und Tabakblätter), Zigarettens, Zunder aller Art, Bonbons, Konfitüren, Fruchtgöcher, Früchte in Mörten, Marmeladen mit Wein aus Früchten und Blaubeeren, Feuchtsäfte mit Beimischung von Alkohol; Arrak, Rum, Cognac, Sekt und andere Branntweine jeder Stärke, Liköre und Nalewka in Flaschen, Flaschen und Verpackung jeder Art; Traubenwein, Fruchtwein und Blaubeerenwein, Wein, welcher mehr als 25 Prozent Alkohol enthält; feiner Käse in Metallverpackung aus Holz, Blei, Blech usw.; Kuchern, Krebse, Hummern, Garnelen, Schnecken usw. frisch, gefalzen, mariniert auch in hermetischen Verpackungen; künstliche Seifen, deren Süßigkeit die Süßigkeit des Rohzuckers übertrifft, (Sulfidmit, seine Salze, Saccharin, Arkanolose, Sukramin, Osuain, Sukrol, Zuderin, Eulof, Dulzin usw.), welche zur Bereinigung des Saccharins dienen und künstliche Stoffe, welche selbst höher süßen; Admetika und Medizinier; weisse und rote Schminke, Pulver, Haarfarbstoffe, Ränderkerzen, kosmetische Pomaden und Kosmetika ohne Alkohol und Parfüm-Parfärate und kosmetische Parfärate, welche Alkohol enthalten: Parfüm, Riechwasser (Blumen), Kölnisches Wasser, Glycerin.

Die Einfuhr ist ohne besondere Genehmigung für folgende Gegenstände verboten: Getreide in Form anker Mehl, Erbsen, türkischen Bohnen und Linsen, Mehl außer Kartoffelmehl, Erbsen und Mais, Gemüße und Obst, frische Karoffeln, Futter- und Zudererbsen, Alcorie, Brullen, Moberüben, Kohl, Alcorienwurzel, getrocknet, nicht gebrannt und nicht zubereitet, Zuder, Fleisch, frisch gefalzen, gefroren, gefocht, getrocknet, geräucher, mariniert, Rauchfleisch und Schinken, Milch und Vollmilch, geschlachtet, Käse, Quark, Magerkäse und ungegorener Käse, Kuh- und Schafbutter, Eier und besonders Eibutter auch aus Fabriksabfällen und Nebenerzeugnissen usw., Cellulose und alle alle Art, Mandelöl, Fleck, Gerdenisch, Mandelöl (Weißöl) mit Ausnahme von Kunden und Aken, Tücher, Anoden, roh und bearbeitet, rohe Mand- und Pfefferkörner, Senf, Stroh ungerollt, Häcksel, Spreu, Sämereien, auch geschälte; Cellulose (im Lande geschäftig), sämtliches Rohmaterial, Steins, buntel und ungerollt, Gel, vulkanisches und Asphaltpflaster, Metallische und mineralische Erze, altes Eisen und Stahl, gegossen und geschmiedet, in Stücken, gebrochen und geschmolzen, Späne auch gepreßt und in Pulver, alles soweit es zum Schmelzen und Gießen bestimmt ist, Späne zum Schmelzen usw., zum Sandgebrauch und für technische Zwecke, Gewebeabfälle, alte Tuche, Stricke und Schnüre, Papierabfälle und Mafafatur, Pflanzenfasern (chemisch hergestellte Cellulose Masse aus Lumpen, Stroh usw.) trocken und feucht.

Die Genehmigung für die Ein- und Ausfuhr dieser Waren kann die Außenhandelsstelle nach der Verordnung des Senats von Bedingungen abhängig machen. Unerlaubt von diesen Verböten sind die Ein-, Aus- und Durchfuhrbeschränkungen, die in Folge dessen enthalten oder sonstwie im Interesse der Gesundheit von Menschen und Tieren oder aus sicherheitspolizeilichen Gründen erlassen sind. Für den Warenverkehr mit Polen gelten diese Ein- und Ausfuhrverbote infolge der Danzig-polnischen Wirtschaftsverträge nur insoweit, als auf Grund besonderer Bestimmungen Beschränkungen eingeführt sind oder werden.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!

Was geschieht mit den entlassenen Postausheftern?

Uns wird geschrieben:

Die Postverwaltung ist dazu übergegangen, die Postaushefter, die während und nach der Kriegszeit von der Post eingestellt wurden, zu entlassen. Es handelt sich hier zum größten Teile um Kriegsbeschädigte, die ihre Gesundheit dem Vaterlande geopfert haben. Bei ihrer Einstellung hat man oft übersehen lassen, daß sie dauernde Beschäftigung bei der Post haben und daß sie eventuell fest angestellt würden. Diese Zustände sind jedoch nicht erfüllt und heute werden diese Leute ohne Rücksicht auf ihre oft große Familie auf Straßen verbannt.

Wenn der Senat diese Leute aus einem Zweig seiner Verwaltung nun schon entläßt, müßte er doch wenigstens dafür sorgen, daß sie in anderen Verwaltungszweigen, in denen Mangel an Hilfskräften herrscht, untergebracht werden. So besteht die Möglichkeit, die entlassenen und gekündigten Postaushefter zum großen Teile in der Zollverwaltung zu beschäftigen. Das geschieht aber nicht. Statt dieser Hilflosen hat der Senat dafür gesorgt, daß Offizierswitwen, zum Teil sogar adlige, auf dem Postamt beschäftigt werden. Damen, die doch eine angemessene Pension beziehen und auf diese Einnahmen nicht so angewiesen sind, wie die entlassenen Postaushefter. Ein Vorteil für die Zollverwaltung kommt doch bei der Beschäftigung dieser Damen nicht heraus. Aussichtspersonal ist wohl gerade im Überflusse bei der Zollbehörde vorhanden, und eine andere Tätigkeit können die erwähnten Damen doch nicht ausüben. Es hat den Anschein, als wenn durch diese Einstellung für die deutsch-nationalen Partei-Führer in der Zollverwaltung geschaffen werden sollen, ähnlich wie das in anderen Verwaltungszweigen auch geschieht.

Es muß verlangt werden, daß der Senat dafür sorgt, daß in anderer Weise die entlassenen Kriegsbeschädigten Postaushefter bei der Zollverwaltung untergebracht werden. Ansonsten werden deren Familien nicht dem Hungertode entgehen. Für die Offizierswitwen könnte in anderer Weise gesorgt werden, zumal ihre Tätigkeit in der Zollverwaltung nicht zur Selbstständigkeit und Dienstbefähigung der anderen dort Beschäftigten beiträgt.

Die Berechnung der Kanal- und Müllgebühren. Die Senatspressestelle schreibt uns: In letzter Zeit sind mehrfach unrichtige Angaben über die Berechnung der Kanal- und Müllgebühren in die (bürgerlichen D. R. d. V.) Tageszeitungen gebracht worden, welche geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen und ihre zu führen. Es wird demgegenüber festgestellt, daß der Berechnung der oben genannten Gebühren, wie bei der letzten Veranlagung, folgende Mittelwerte zu Grunde gelegt werden: für Wohnräume die Friedensmiete mit einem Zuschlag von 80 Prozent, für gewerbliche Räume der Miet-

... mit dem Stande vom 1. Oktober 1921. Die neue Höhe der Kanal- und Müllgebühren... die 4 beim Stande der in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober d. Ja. erhöhten Beiträge.

Umgefallen!

Um die Aufhebung der Marktpreisverordnung.

Der Wirtschaftsausschuß des Volkstages nahm heute vormittag noch einmal zu der Gesetzesvorlage des Senats Stellung, die die Aufhebung der bekannten Marktpreisverordnung auspricht. Während sich eine frühere Sitzung einstimmig für die Aufhebung dieser Verordnung ausgesprochen hatte, ergab sich jetzt, bei der durch die Rückberufung nochmal erforderlichen Beratung übertrahenderweise die Ablehnung der Gesetzesvorlage. Dieser Beschluß kam bei Stimmengleichheit von 8 gegen 6 Stimmen zustande. Dieses ablehnende Resultat kam nur zustande, weil die 3 Vertreter der kommunistischen Fraktion auffälligerweise fehlten. Allerdings hatte ihr Vorkämpfer Rahn ja bereits auf diese Entzeten der Kommunisten für die Aufhebung der Verordnung im Plenum gegen die Aufhebung dieser Verordnung die Öffentlichkeit vorbereitet. Dieses vollstündliche Verhalten der Kommunisten übertrifft noch die eigenartige Stellungnahme des Senats, der auf das energische Drängen der Gewerkschaften zunächst die Aufhebung der Marktpreisverordnung versprochen, sich heute jedoch mit schönen Worten dafür einsetzte, und so seine eigene Gesetzesvorlage zu Fall brachte. Das Plenum des Volkstages wird sich mit diesem bürgerlich-kommunistischen Komödientpiel ja noch zu beschäftigen haben. Erwähnt sei noch, daß Zentrum und Deutsche Partei in der Abstimmung je zur Hälfte gespalten waren.

Das Zentrum in den Bahnen des Janushauers

Nach Schümmers Wahlspruch: vox populi, vox Rindvieh!

In Neuteich kreuzt man sich seit einigen Monaten um den Bürgermeister. Die Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten hatte vor einiger Zeit ein neues Stadtoberhaupt gewählt. Die kleine Minderheit der Bürgerchaft will die Neubesezung des Bürgermeisterpostens schlagartig zu machen und den bisherigen Inhaber des Amtes der Stadt zu erhalten. Begründet werden diese Behauptungen mit der Finanzlage der Stadt, die nicht gehalten, neben dem Gehalt des neuen Bürgermeisters noch die Pension des alten zu bezahlen. Dieser Tage wollte nun Senator Schümmers in Neuteich, um sich einen Einblick in die Verhältnisse zu verschaffen und der Minderheit zu Hilfe zu kommen. Bei dieser Gelegenheit fanden sich Einzelunterredungen mit solchen Stadtverordneten statt, die für die Neubesezung der Bürgermeisterstelle etngetreten waren. Als einer der Stadtverordneten den Versuch, ihn umzustimmen, mit der Begründung auf seine Weigerung zurückwies, erfolgte, wie der „Danziger Zeitung“ mitgeteilt wird, die Antwort: „Ich was komm's auf die Wähler an, die denken heute so und morgen anders!“

Schümmers ist Senator, bekanntlich als Vertreter des Zentrums, das sich sonst noch immer einen leichten demokratischen Anstrich gab. Schümmers hat sich zwar schon als Volksempfeher als ehrlicher Diener der Deutschnationalen erwiesen. Doch er läßt nun auch zu unüberhört im hundertfachen abfalligen Ton über das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes kerkerte, vervollständigt nur das Bild, das wir bisher schon von diesem ehemaligen Arbeitersekretär hatten.

Von der Anklage des Straßenraubes freigesprochen.

Western hatten sich die Arbeiter Reinhold Zimmermann aus Emsau und Paul Partikel aus Schilditz wegen verurteilten gemeinschaftlichen Raubes zu verantworten. Am Abend des 9. April d. J. machte Zimmermann auf der Strohenbahn die Bekanntschaft des Händlers Friedrich Konteski. Letzterer hatte etwa 5000 Mark bei sich. Zimmermann lud den Händler und den Strohenbahnführer zu einem Schnaps ein, worauf sich letzterer wieder entfernte. Die beiden anderten schienen weiter und besuchten noch weitere Gassen. Dabei soll Konteski, der immer beobachtet wurde, wiederholt seine Geldtasche gezeigt haben. Ihnen schloß sich dann auch der Arbeiter Partikel an. Zimmermann versuchte auf jede Weise, den Händler an sich zu fesseln und soll dabei verächtliche Redensarten in Bezug auf das Geld des H. gemacht haben.

11 1/2 Uhr abends machten sich die 3 gemeinsam auf den Heimweg. Dabei hatte der Händler den Eindruck, als wenn sich 3. in verächtlicher Weise an ihn herandränge. Als der Händler eine diesbezügliche Reuegerung tat, erhielt er von Zimmermann einen heftigen Faustschlag, der ihn niederstreckte. Durch das Einwirken anderer Personen wurde der Raub verhindert. Der Überfallene begab sich in das Wirtshaus zurück, worauf der Wirt die Bestimmung des entlassenen Zimmermann verurteilte. Partikel stand in dem Verdacht der Mittäterchaft. Es lag jedoch nichts Belastendes gegen ihn vor. Er war nach dem Angriff des Zimmermann davongelaufen, um angeblich nicht in eine Schulderei verwickelt zu werden.

Die Schuldfrage gegen H. lautet auf verurteilten schweren Raub. Von der Verteilung wurde noch die Frage gestellt, ob 3. nicht straflos sei auf Grund von § 46, Abs. 1, des Strafgesetzbuches, wonach der Versuch einer strafbaren Handlung straflos bleibt, wenn der Täter freiwillig die Ausführung des Verbrechens ansah. Die Geschworenen bejahten zwar die Schuldfrage gegen 3. und sprachen ihm mildernde Umstände zu. Ingleich bejahten die Geschworenen auch die Straflosigkeit der Tat nach § 46, Abs. 1. Die Schuldfrage gegen Partikel wurde verneint. Das Gericht sprach deshalb beide Angeklagten frei.

Die Eröffnung der Reichsrentenkontrollen.

Die vom Reichsfinanzministerium angeordnete Besoldungsvorlage wurde gestern von der Regierung beraten und angenommen. In der Vorlage sind die bisherigen Besoldungsvorgaben in die Grundgehälter und Ortszuschläge eingeteilt. Die Ortszuschläge sind mit Rücksicht auf das Ingeraden in Kraft der letzten Reichsmietengesetz und ein Betrag für die überragenden wücherrußigen Wirtschaftsbereichen entwerdend 1923/24 worden. Dem wiederholten Wunsch des Reichstages nach vermehrter Berücksichtigung der sozialen Notwendigkeiten teilte gemäß hat die Rinderzuschläge stärker erhöht als die Grundgehälter und außerdem ist für die vorkommendsten Pensionen die Gewährung eines um 2 u. d. höheren Zuschlags in Aussicht genommen. Die Rinderzuschläge bleiben nach wie vor für alle Dienstgruppen gleichmäßig hoch. Für die Pensionäre sind die entsprechenden Verbesserungen gesogen worden.

Das geleistete Wittwengeld soll von vier Sechstel auf sechs Sechstel des Witwengehalts des Mannes erhöht werden, dafür sollen die Witwen in Zukunft nur den allgemeinen Zuschlag zum Wittwengeld erhalten. Die Vorlage ist noch geteilt dem Reichsrat zugegangen und soll dem Reichstag der seinem Zusammentreten am 17. d. Mts. bereits vorliegen.

Wiedereröffnung des Gewerkschafts mit dem Reich.

Gestern mittag 12 Uhr lief der Dampfer „Olin“ pünktlich im Hafenkanal von Neufahrwasser ein und machte an seinem Pierplatz an der Bahnhofsstraße fest. Der Dampfer „Olin“, der die Verbindung Danzig über See nach Deutschland aufrechterhält, ist seinem Vorgänger „Orkney“ als Passagierdampfer überlegen. „Olin“ ist 73 Meter lang, 12 Meter breit und 1175 Bruttoregistertonnen groß. Der Dampfer ist mit allen modernen Einrichtungen versehen. Das Schiff entwickelt mit seinen beiden Maschinen bei 1600 Pferdekraften 15 Seemeilen Geschwindigkeit. Für 50 Passagiere sind Kojenplätze vorhanden.

Der Dampfer läuft jeden Montag und Donnerstag, mittag um 12 Uhr, von Swinemünde in Neufahrwasser (Kriegsplatz Bahnhofsstraße) ein; er geht um 1 Uhr mittag weiter nach Danzig. Die Fahrt dorthin dauert drei bis vier Stunden. An jedem Dienstag und Freitag trifft der Dampfer um 12 Uhr mittag von Danzig in Neufahrwasser an dem gleichen Pierplatz ein und geht um 1 Uhr an demselben Tage nach Swinemünde weiter. Die Dauer der Fahrt dorthin beträgt 14 bis 15 Stunden.

In der beendeten Aussperrung im Hüttenbergwerk wird noch ergänzend mitgeteilt, daß ab Donnerstag, dem 22. Okt., die restliche Einstellung der ausgesperrten Hüttenbergwerke erfolgt. Weiter wurde vereinbart, daß sobald der Temperaturindex um 20 Prozent steigt, über die Befreiung von Mindestlöhnen verhandelt wird. Der letzten Lohnen ist eine Indizesziffer von 800 zugrunde gelegt.

Ueber die Zahlung der verdrückten Einkommensteuer vertritt die Senat eine Beschlussempfehlung in unserem Inseratenteil, auf die wir hiermit hinweisen.

Oliva. Beschleunigte Witter. Bei dem Händler Daxdt wurden gestern 20 Pfund Butter beschlagnahmt, die unter Ueberführung des Marktpreises für 200 Mk. pro Pfund verkauft werden sollten. Inzwischen hatte Daxdt 20 Pfund Butter aus der Wollerei in Dorandt erhalten. 20 Pfund waren bereits über Daxdt verkauft. Auch gegen diese Käufer soll gerichtliche vorgegangen werden. Die beschlagnahmte Butter wurde den nächsten Anhalten zugeführt.

Koppl. Freiwillige aus dem Osten gelistet. In der wackeren mittag der Württembergische Reichswehr brachte sich einen tadellosen Schutz in die letzte Frontlinie bei Ueber die Ursachen der Tot ist bisher nicht bekannt.

Letzte Nachrichten.

Amerika für Ordnung der Weltfinanzen.

Nach einer Genesungsmeldung aus New York erklärte der Washingtoner Korrespondent der „New York World“, die amerikanische Regierung sei überzeugt, daß der Zeitpunkt für einen starken Versuch gekommen sei, die Weltfinanzen wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Regierung sei im Begriffe, gewisse bestimmte Schritte im Hinblick auf die Regelung der Kriegsschulden zu tun, bevor sie mit den europäischen Nationen zusammen an der Wirtschaftskrisis teilnehme. Die Regierung lasse auch ins Auge, der Einladungs zur Londoner allgemeinen Finanz- und Industriefinanzierung nachzukommen, die ihre wahrheitsgemäß ausgehen werden. Der amerikanische Vertreter werde an den Beratungen und Abstimmungen der Konferenz sich beteiligen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß alles, was er tun, der Genehmigung des amerikanischen Kongresses bedürfe.

Barthou, der gestern nachmittag zum Vorsitzenden der Reparationskommission gewählt worden ist, wird aller Voraussicht nach in nächster Zeit die Moratoriumsfrage wieder aufrollen müssen. Barthou hatte gestern eine lange Unterredung mit Daxton über die wichtigsten Fragen, mit denen die Reparationskommission sich zu befassen haben wird. Der „Kampf“ nennt als eine dieser Fragen die Probleme der schwedischen Schuld Deutschlands und bemerkt dazu, es müsse festgestellt werden, ob Deutschland die Bedingungen erfüllt habe, von denen am 21. Mai das Moratorium abhängig gemacht wurde.

Landesamt vom 11. Oktober 1921.

Todesfälle: Witwe Emma Schöb geb. Hoff, 68 J. 8 M. — Witwe Franziska Gellert geb. Gellert, 74 J. 1 M. — Sohn des Arbeiters August Golla, 2 M. — Unheil. 1 Sohn, 3 Töchter.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

(Bestand am 12 Uhr mittag.)

Polnische Mark: 26, — am Vorlage 27, —
Amer. Dollar: 2230, — 2050, —
Englischer Pfund: 12500, — 13000, —

Volkswirtschaftliches.

Die Steigerung der Reichsindexziffer. Aufolge der anhaltend starken Preissteigerung aller Verbrauchsgegenstände in die vom statistischen Reichsamte festgestellte Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Kaufkraftindex) die Erhöhung der Reichsindexziffer auf 11,376 gegenüber 7,99 im August 1922. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt somit 6,8 Prozent. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben im September ist auf 14,17 berechnet worden, die Steigerung gegenüber August auf 8,2 Prozent. Eine bedeutend stärkere Verteuerung ist für die Bekleidungsgegenstände festgestellt worden, die Indexziffer dafür beträgt für September 20,00 gegen 12,71 im Vormonat, die Steigerung mithin 56,6 Prozent. Unter Einschluß der Aufwendungen für Bekleidung berechnet sich die Reichsindexziffer für September auf 18,319; die Steigerung gegenüber der Augustzahl von 7,98 beträgt danach 71,3 Prozent.

Das Steigen der Großhandelspreise. Die Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes für September stand noch unter der Auswirkung des außerordentlichen Marktlurses im August, dem wichtige Warengruppen, vor allem landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Kohle, Eisen, Fleisch, im Verhältnis zum Vormonat durch weitere Preissteigerungen belastet sind. Das deutsche Preisniveau hat sich daher nach der Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes noch beträchtlich und zwar von dem 17,0fachen im Durchschnitt des Monats August auf das 27,2fache oder um 59,5 v. H. im Durchschnitt des Monats September gehoben. Dieser Bewegung entspricht die Steigerung der Einfuhrwaren von dem 24,0fachen auf das 41,1fache oder um 71,3 v. H., während das Preisniveau der vorwiegend im Inlande erzeugten Waren von dem 15,0fachen auf das 24,2fache oder um 61,3 v. H. emporschnellte. Im einzelnen stiegen Getreide und Kartoffeln von dem 16,7fachen auf das 21,5fache, Getreide, Hülsen, Fleisch und Fisch von dem 15,0fachen auf das 21,0fache, Kolonialwaren von dem 22,8fachen auf das 31,0fache; Lebensmittel zusammen von dem 17,3fachen auf das 29,0fache; ferner Hüte und Feder von dem 22,5fachen auf das 31,0fache; Textilien von dem 25,2fachen auf das 32,0fache; Metalle von dem 25,7fachen auf das 32,0fache; Kohle und Eisen von dem 12,8fachen auf das 28,0fache; Industriestoffe zusammen von dem 10,2fachen auf das 23,0fache.

Auch eine Folge des Holzwunders. Man konnte einstmal die Hoffnung hegen, daß die Steigerung der deutschen Holzpreise ein Ende finden müßte, wenn sie an der Weltmarktpreisgrenze angelangt sein würden. Diese Hoffnung trat, denn heute hat der Preis, den die Holzproduzenten zu erzielen wissen, den Weltmarktpreis längst hinter sich gelassen. Der Beweis dafür liegt vor: Eine französische Großholzhandlung bietet nach Deutschland Rundholz, lieferbar bis Mitte nächsten Jahres, zum Durchschnittspreis von 100 Francs frei deutsche Grenzstation an. Als es gekaufte wurde, kosteten die 100 Francs 10.400 Mark. Am gleichen Tage wurden in Deutschland die Rundhölzer gleicher Qualität loco Wald — also nicht etwa Abfuhrkosten — zum Durch-

schnittspreis von 100 Francs angeboten, also um 40 Prozent teurer, wie sie die sich auf den Weltmarktpreis beziehende, langfristige Firma des deutschen Holzhandels anbot!

Weltkonvolute für Kerze. Die Berliner Kerze verlangen, daß bei Verzögerung der Demurrarzahlung die vor dem Abzuge nicht ansetzen. Demnach wäre als Verzögerungsgrundlage genommen werden und nur einmal Mal erhöht werden, als sich die Berliner Kerze die Reichsindexziffer erhöht hat, d. h. also, daß sich die Berliner Kerze dem Preis nach bereits auf Weltkonvolute eingestrichelt haben. In anderen Gegenden des Reiches haben die Kerze auf eine andere Art bereits durchgeführt, indem sie sich von ihrer landlichen Grundhaft für die drückende Missernte soviel an Naturalien geben lassen, als sie mit dem Honorar von 1911 feinerzeit hätten kaufen können.

Aus aller Welt.

Suggerierte „Konflikt“vergiftungen. Unter sehr unheimlichen Umständen waren in Berlin in einer kleinen Gesellschaft die Gattin eines Ingenieurs Kausch, deren 14-jähriges Kind, der Schauspieler Erwin Lohse, dessen Mutter und ein Kranken Erich Zimmermann erkrankt. Da man von den Erkrankungen der Angehörigen im Nahrungsmittelbereich geahnte, glaubte man eine „Duplizität der Verhältnisse“ zu sehen und führte die Erkrankungen auch auf verarbeitete Konflikt zurück. Die Erkrankten ließen sich natürlich sehr schnell diese Konfliktvergiftung suggerieren, und diese erreichte nach den Leipziger Vorlesungen in Berlin mit Recht einige Aussehen. Die Ermittlungen ergaben nun, daß die Erkrankungen auf den Genuß von nicht ganz einwandfreier Wurst zurückzuführen sind und die genossenen Pralinen gar nicht von der Firma Savelli stammten. Inzwischen sind auch die Vergiftungserscheinungen bei allen fünf Erkrankten wieder geschwunden, und eine Besserung in ihrem Befinden ist eingetreten.

Eine unheimliche Geschichte. Ende Oktober wird eine schauerliche Mordtat, die wohl kaum ihresgleichen hat, vor dem Berliner Schwurgericht ihre Sühne finden. Der Hausdiener Ebendorff, der seit Jahren Bedienter im Familienhause des Mannes war, lernte eine Anna Probel kennen, mit der er sich verliebte. Während einer Eifersuchtszene nach der Heimkehr aus einem Vergnügungsorte schlug Ebendorff die Probel mit einem Beile tot. Dann legte er sich ruhig schlafen. Am anderen Morgen zerstückelte er die Leiche, löste die Fleischteile von den Oberschenkeln und der Brust und dichte sie, mit Kalbfleisch vermischt, durch eine Fleischmaschine und verzehrte das Gericht, nachdem er es auf Gas gebraten hatte. Er will dann auch von dem Fleisch einem Bekannten, der eine Bouquetenbraterei betrieb, etwas abgeben haben.

Ein einmischer Vater. Der 29 Jahre alte Schmied Richard Puschner wurde vom Breslauer Schwurgericht wegen Mordtats mit Todeserfolg, Mordhand und Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem Kinde zu 12 Jahren Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Sein eigenes Kind von 1 1/2 Jahren ist an den Folgen der bestialischen Ver-

handlung verstorben. Die Verhandlung fand unter Aussetzung des Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt hatte für den Inzest 15 Jahre Zuchthaus beantragt.

Ein schickliches Geschäft. Der Kammerherr Peters in Angot, hat vor Anfang dieses Jahres von einem vieljährigen Aufenthalt in Amerika zurückgekehrt und hatte in München Brillanten und Gold angekauft, um die Werte wieder nach Amerika zu bringen. Wegen Unterzahlung der Umsatzsteuer hatte er eine Summe von 670.000 Mark zu entrichten, Nummern verurteilte ihn das Schöffengericht München wegen unerlaubter Ausfuhr zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen und einer Geldstrafe von 25 Millionen Mark. Die beschlagnahmten Sachen im Werte von über 1 Million Mark wurden als verfallen erklärt.

Ein tragischer Eisenbahnunfall hat in Pingerbrück den Schreinermeister Mauer plötzlich dahingerafft. Er war auf der Meße nach Gaus zu seinem Bruder auf dem Bahnhof in Müßelheim in einen fallenden Zug eingestiegen. Als der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte und er sich in Irrtum bemerkte, sprang er aus dem Wagen, in der Dunkelheit aber unglücklicherweise gegen einen Signalmast, so daß er zurück und unter den fallenden Zug geschleudert wurde. Dem Kermisten wurden beide Beine überfahren, so daß er bald darauf starb.

Eisof hat Badewasser. Wegen fahrlässiger Tötung wurde eine Frau Marie Strell in Berlin zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr Ehemann hatte eines Abends in der Küche in einem Wasschaf ein Bad genommen. Die Frau sollte ihn dabei mit einem Eimer Wasser übergießen; sie nahm jedoch aus Versehen einen Eimer, der konzentrierte Eisoflösung enthielt, von der sie zur Ungeheuerverteilung eine größere Menge im Hause hielt. An den Verletzungen, die der Ehemann durch die ätzende Flüssigkeit erlitt, ist er kurz darauf gestorben. Vor seinem Tode hat er den Verdacht geäußert, daß seine Frau die Tat vorzüglich als Eifersucht begangen habe. Diese Annahme wurde durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt. Das Gericht hielt es für möglich, daß der Angeklagten ein verhängnisvoller Irrtum unterlaufen sei, indem sie die Eisoflösung als Wasser ansah.



Verantwortlich für Politik Ernst Boops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den Abgaben Teil Fr. B. Weber, Danzig; Inzerate Kurt von Gosen, Danzig. Druck von A. Gehl u. Co., Danzig.

Grete Grünhagen
Willy Trusch
Verlobte
Danzig-Langfuhr Oktober 1922

Mündliche Bekanntmachungen.

Et. Besetz vom 5. 10. 1922 (Besetzbl. Nr. 48) ist zu dem für Oktober Dezember 1922 fälligen Betrage der Einkommen- und Körperschaftsteuer ein Zuschlag von 200% zu entrichten. Dieser Zuschlag ist mit je 100%, also mit dem Vierteljahresbetrage der Steuer, am 15. Oktober und 15. Dezember 1922 fällig und zwar neben der eigentlichen am 15. November 1922 zu zahlenden Vierteljahresrate.

Sämtliche Steuerpflichtigen werden hiermit zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung aufgefordert, die am 15. Oktober d. Js. fällige Rate spätestens bis zum 20. Oktober d. Js. an die Steuerbehörde ihrer Gemeinde (in Danzig: Städtische Steuerkasse, Pfefferstadt 33/35) zu zahlen. Das in Händen befindliche Steueranschreiben (Zahlkarte) ist bei der Zahlung vorzulegen. Bei Ueberweisung des Betrages durch die Post usw. ist das Steuerzeichen anzugeben.

Besondere Steuerauschriften werden den einzelnen Steuerpflichtigen noch zugehen, in den Gemeinden Danzig, Foppo und Oliva jedoch erst voraussichtlich Anfang November d. Js., da weiter zur Erhebung gelangende Abgabenerhöhungen in diesen gleichzeitig berücksichtigt werden sollen. Die Zahlung des Zuschlages hat jedoch ohne Rücksicht auf den Eingang des besonderen Steueraus Schreibens über die Zuschläge rechtzeitig zu erfolgen.

Von der Zahlung des Zuschlages befreit sind nach dem Besetz die natürlichen Personen, die im Freistaat Danzig wohnen, und für Oktober Dezember 1922 nicht mehr als 200 Mk. Einkommensteuer zu zahlen haben.

Die Gemeinden haben diese Zuschläge von den übrigen Steuern getrennt in Einnahme nachzuweisen. Die Ausführungs-Anweisung zu dem Besetz vom 5. 10. 1922 (Besetzblatt Nr. 48) ergeht in diesen Tagen.

Danzig, den 10. Oktober 1922. (7538)
Freistädtliche Steuerverwaltung.
Dr. Gallasch.

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 5. Telefon 3290

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Mittwoch, den 11. Oktober, abds. 7 Uhr:
Dauerkarten C 1.
Rain

Ein mythisches Gedicht in 5 Szenen v. Anton Wildgans. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Metz. Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 12. Oktbr., abends 6 1/2 Uhr: Dauerkarten D 1. „Ehngarin“. Romantische Oper.
Freitag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „Undine“. Romantische Oper.
Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Ermäßigte Schauspielpreise. „Des Meeres und der Liebe Wellen“. Trauerspiel.

Wilhelm-Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel
Otto Reutter
der deutsche Meisterhumorist.
Captain Frohns fünf dressierte Seelöwen
und das große Attraktions-Programm

LIBELLE:
Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett
anschließend Wein-Kabarett.
Vorverkauf 10—1 Uhr Gebr. Freymann.

Gedania-Theater

Achtung! Nur bis Montag!
Der große Spielplan!
EDDIE POLO in
„Seepiraten“
8 Epochen in 26 Akte
VI. Episode: **Erkämpftes Glück** 6 Akte
„Der Fall Paliser“
in der Hauptrolle: **Pauline Frederick.**
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Bloomfield's Overseas Ltd.
Herring-Importers
Kuhbrücke 1

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahngießen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. Pfefferstadt 71 | Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Blendax

Mit dem Scheermännchen
Scheuert · Reinigt · Putzt
Alles
Blitzblank
Hersteller:
Urbini-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl. (7320)

Stroh-Panama-Velour-Pilz-**Hüte**
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendalgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle).

Wenig getragen:
Damenmantel
preiswert zu verkaufen. Angeb. unter E. 900 an die Exped. der Volksstimme. (+)
Weißes Holz-Kinderbettgestell
zu verkaufen. Herrmann, Rammkau 49. (+)
Ein 2türiger
Glaschrank
auch für Geschäft passend, zu verkaufen. Schönfeld, Ronnenhof 2. (+)
Neuer Anzug
billig zu verkaufen. (+) Hoffmann, Burgstr. 20.
Schäferhund
(rasserein) zu kauf. gesucht. Angeb. unt. E. 891 an d. Exped. d. Volksstimme. (+)

Neue, auch wenig getragene
Damenschuhe
(Gr. 36) zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unt. E. 901 an die Exped. Volksst. (+)

1 Satz Betten
gut erhalten z. kaufen gef. Offert. m. Preis u. E. 896 a. d. Exped. d. Volksst. (+)

Eisernes Bettgestell
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. E. 897 an die Exped. der Volksstimme. (+)

Kellern
Brückenmonteur
sowie
Schlossergesellen,
Lehrlinge
und Arbeitsburschen
sollt sofort ein (7539)
Th. Jarentowski,
Danzig-Langfuhr,
Heiligenbrunner Weg 25.

Lehrling
für Kolonialwarengeschäft
gesucht. Ang. u. E. 902 a. d. Exped. d. Volksstimme. (+)

Buchhallerin
die auch stoff. Maschine
schreibt u. stenographiert,
sollt in gut bezahlte Dauer-
stellung gesucht. Angebote
unter E. 899 an die Exped.
der Volksstimme (+)

Junges Mädchen
tagsüber für einen Händl.
Arbeiten u. etwas Haus-
arbeit gesucht. (+)
Paradiesgasse 14. 2 Tr.

Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch.
Tages- und Abendkurse
Otto Slade, Neugarten 11, 1

5000. — Mk.
auf Grundstück in Lang-
fuhr als erste Hypothek
gesucht. Angebote unter
E. 892 an die Exped. der
Volksstimme. (+)

Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!